



Wissenschaftsausschuss

68. Sitzung (öffentlich)

14. April 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:34 Uhr bis 17:32 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Lehrkräfteversorgung sicherstellen: Möglichkeiten der passgenauen Lehrerausbildung nutzen	6
	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/10850	
	Ausschussprotokoll 17/1240 (Anhörung vom 09.12.2020)	
	– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
	Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.	

2 Herausforderungen in der Justiz begegnen. Digitalisierung und Legal Tech in der Lehre vorantreiben. Nachwuchskräfte stärker fördern. 11

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12052

Ausschussprotokoll 17/1217

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

3 Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2021 (Zweites Bildungssicherungsgesetz) 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13092

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13188

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Gesetzentwurf abzuschließen.

4 Herausforderungen in der Justiz begegnen: Nachwuchskräfte im Referendariat fördern, Digitalisierung vorantreiben, Rechtsstaat weiter stärken. 15

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13080

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an dem Beratungsverfahren zu beteiligen.

5 Wissenschaftsfreiheit zurückgewinnen – Cancel Culture entgegentreten 16

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 17/13073

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Helmut Seifens (AfD), eine Anhörung durchzuführen.

6 Letzte Chance für die Forschungsfabrik Batteriezellenfertigung (FFB) in Münster? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [Anlage 1]) 17

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/4963

– Wortbeiträge

7 Verschiedenes 19**a) Sitzungstermine 2022 (Anlage 2) 19**

Der Ausschuss beschließt einstimmig die in Anlage 2 aufgeführten Sitzungstermine für das Jahr 2022.

b) zusätzlicher Sitzungstermin 19

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 23. Juni 2021 eine zusätzliche Sitzung abzuhalten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Helmut Seifen ruft die Vereinbarung in Erinnerung, in Fraktionsstärke abzustimmen.

1 Lehrkräfteversorgung sicherstellen: Möglichkeiten der passgenauen Lehrerausbildung nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10850

Ausschussprotokoll 17/1240 (Anhörung vom 09.12.2020)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss am 17.09.2020)

Petra Vogt (CDU) kommt auf die Notwendigkeit zu sprechen, die Lehrerausbildung an die jeweiligen Bedarfe anzupassen. In der Vergangenheit seien abwechselnd zu wenige oder zu viele Lehrkräfte ausgebildet worden, bis sich vor einigen Jahren der Lehrermangel verstetigt habe. Die NRW-Koalition habe bereits diverse Maßnahmen getroffen, um qualifiziertes Lehrpersonal für die Schulen zu gewinnen.

Eine Möglichkeit bestehe darin, junge Menschen schon während ihres Studiums so zu begleiten, dass sie ihre Ausbildung tatsächlich abschließen, und dies idealerweise in einer Fächerkombination, die stark in den benötigten Stufen Primarstufe, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II nachgefragt werde.

Ein weiterer Ansatzpunkt bestehe in der sehr viel intensiveren Begleitung und Beratung der Studierenden während ihrer Ausbildungsphase, um die Chancen einer späteren Anstellung zu erhöhen.

In der Anhörung hätten alle Sachverständigen grundständig ausgebildete Lehrkräfte als das Wichtigste für die Schulen bezeichnet. Seiteneinsteiger verfügten in der Regel über andere Ausbildungen, brächten aber teilweise gute Vorerfahrungen mit. Zum Teil sei die Integration in die pädagogische Arbeit der Schulen allerdings schwierig.

Deshalb solle schon in den Hochschulen angesetzt werden. Dazu lägen Vorschläge vor.

Dietmar Bell (SPD) bedauert, der Antrag schreibe keine konkreten Maßnahmen vor, sondern beauftrage die Landesregierung, Prüfaufträge abzuarbeiten. Er habe prinzipielle Zweifel, ob das Schulministerium in der derzeitigen Verfassung und der hieraus resultierenden aktuellen Performance in der Lage sei, diese Prüfungen von sich aus sachgerecht durchzuführen. Aus Sicht der SPD-Fraktion sprächen gute Gründe dafür, die Prüfungen unter Herbeiziehung externen Sachverständigen durchzuführen zu lassen. Das habe auch die Anhörung ergeben. Die Experten hätten sehr viele Aspekte eingebracht, die die beschriebenen Prüfaufträge bisher nicht enthielten.

Der Antrag reiche bei Weitem nicht aus, um die bestehende Problematik zu lösen. Beispielsweise werde darin gefordert, zu prüfen, wie schulische Vortätigkeiten verstärkt auf die Dauer des Vorbereitungsdienstes angerechnet werden könnten. Davon hätten mehrere Sachverständige in der Anhörung abgeraten. Ein solcher Prüfauftrag schaffe eher Probleme als Problemlösungen. Die Qualität der Ausbildung dürfe durch ein solches Vorhaben nicht infrage gestellt werden.

Für spannend halte er den von Ulrich Müller in der Anhörung vorgetragenen Ansatz, den Übergang von einem Fachbachelor in einen Master of Education, aber auch von einem verwandten Fachmaster in den Vorbereitungsdienst zu ermöglichen oder den Seiteneinstieg als dauerhafte Lösung zu etablieren, indem die Ausbildung an einer Hochschule stattfinde und die Qualität gesichert werde. Dies trage den veränderten Lebensbiografien von Menschen Rechnung. Letztlich komme man so auch zu ergänzenden Möglichkeiten für eine grundständige Lehrerausbildung, die einen vollwertigen Einsatz an den Schulen ermögliche. Dieser Aspekt solle deutlich stärker gewichtet werden als im vorliegenden Antrag vorgesehen. Gerne könne dazu eine vertiefte Debatte im Ausschuss geführt werden.

Auch auf die von vielen Expertinnen und Experten in der Anhörung deutlich vorgetragene Forderung der gleichen Bezahlung der Lehrkräfte in der Primarstufe müsse hingewiesen werden. Ein diesbezügliches Versprechen aus dem Koalitionsvertrag sei gebrochen worden. Das setze der Antrag fort.

Helmut Seifen (AfD) betont die Notwendigkeit, die Lehrkräfteversorgung sicherzustellen. Leider bleibe der Antrag sehr oberflächlich und berühre die tiefen Probleme des Lehrermangels nicht.

Es gebe kein Problem mit der Verteilung der Referendarinnen und Referendare, sondern damit, die ausgebildeten Lehrkräfte nach ihrem Examen für bestimmte Gebiete des Landes zu begeistern.

Als das Referendariat noch zwei Jahre gedauert habe, habe es die Möglichkeit zur Verkürzung für diejenigen Referendare gegeben, die während ihres Studiums bereits unterrichtet hätten. Diese hätten jedoch keinen bedarfsdeckenden Unterricht erteilt, sondern seien die gesamten zwölf Unterrichtsstunden unter Aufsicht einer ausgebildeten Lehrkraft gewesen, während ein Referendar heutzutage bereits nach den ersten sechs Wochen neun Stunden allein unterrichte und nur drei Stunden lang unter Beobachtung eines Fachkollegen lehre, der ihm Rat geben könne.

Auch die Sachverständigen hätten betont, unter den aktuellen Gegebenheiten bleibe keine Möglichkeit zur Verkürzung des Referendariats. Dies könne er als ehemaliger Schulleiter nur bestätigen.

Zudem spreche der Antrag nicht die eigentlichen Ursachen des Lehrkräftemangels an. Die Umwandlung der Lehrerausbildung zum Einheitslehrer sei mitursächlich für diesen Mangel. Zudem habe man die Lehrerausbildung sogar von der Fachausbildung abgekoppelt. Das halte er für äußerst schädlich. Die schon damals im Raum stehende Skepsis habe bedauerlicherweise bei der Umwandlung der Lehrerausbildung keine Berücksichtigung gefunden.

Professor Huber habe zudem deutlich höhere Belastungen thematisiert und bedauert, vom Kerngeschäft des Förderns und Unterrichtens sei wenig übrig geblieben.

Auch gegen die zu hohe Abbruchquote beim Lehramtsstudium müsse etwas getan werden.

All die genannten Aspekte spielten im vorliegenden Antrag leider keine Rolle.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) bemängelt, der Antrag spreche zwar ein richtiges Thema an, sei inhaltlich aber an einigen Punkten nachzuschärfen. In jedem Fall müsse die in Aussicht gestellte Evaluation der Lehramtsausbildung und zum Vorbereitungsdienst vorgelegt werden.

Die Studienplatzoffensive komme nicht wie gewünscht voran. So habe die versprochene Anzahl zusätzlicher Studienplätze nicht erreicht werden können. Im Bereich „Sonderpädagogik“ fehlten noch die Voraussetzungen.

Eher vage gehalten seien die Prüfaufträge. Das hätten zum Beispiel die Vertreter der GEW, aber auch der Bergischen Universität kritisiert. Es gehe nicht allein um die Lehrkräfteprognose, um genaue Kenntnis über Studienverläufe zu erhalten und Gründe für Studienabbrüche zu identifizieren. Auch reiche ein Bologna-Check nicht. Studienverlaufsdaten müssten in die Evaluation einbezogen werden.

Vor Jahren habe man gemeinsam die beabsichtigte Kürzung des Referendariats auf zwölf Monate verhindert. Eine solche Verkürzung sei in Ausnahmefällen schon gegenwärtig möglich, wenn zwingende Gründe vorlägen. Weitere Ausnahmetatbestände zu eröffnen, halte seine Fraktion für falsch.

An anderer Stelle müsse auch über die Rahmenbedingungen gesprochen werden. Zur besseren Lehrkräfteversorgung gehöre natürlich die Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs. Dies beziehe Fragen der Besoldung und der Unterstützung der auszubildenden Schulen ein.

Daniela Beihl (FDP) zitiert aus der Hattie-Studie: „Teachers make a difference“. Eine gute Ausbildung der Lehrkräfte müsse sichergestellt werden. Daher sei auch das Ansinnen des Antrags gut und richtig. Er reihe sich in ein ganzes Bündel von Maßnahmen ein, um die Lehrkräfteversorgung in NRW spürbar zu verbessern. Beispiele seien der Einsatz von Lehrkräften für das Lehramt an Gymnasien und Realschulen an Grundschulen, die Ermöglichung von Laufbahnwechseln für Lehrkräfte der Sekundarstufe II, die Gewinnung und Qualifizierung von Seiteneinsteigern und der Ausbau der Studienplätze im Rahmen der Studienplatzoffensive.

Die Situation der Studierenden werde in den Blick genommen. Alle Potenziale sollten genutzt werden, um gut ausgebildete Anwärter schneller in den Schuldienst übernehmen zu können.

Es sei richtig, Studierenden ein Angebot zu machen, möglichst zügig zum Abschluss gelangen zu können. Das habe Herr Müller in der Anhörung begrüßt. Es gehe nicht um eine generelle Verkürzung des Referendariats, sondern um eine Verkürzung für diejenigen, die dies wollten und könnten.

Daran anknüpfend solle geprüft werden, welche schulischen Vortätigkeiten verstärkt auf die Dauer des Vorbereitungsdienstes angerechnet werden könnten. Ebenso sei zu prüfen, welche Ergänzungsstudiengänge aus ausgewählten Hochschulen angeboten werden könnten. Außerdem solle geprüft werden, wie Steuerungsprozesse optimiert werden könnten, damit mehr angehende Lehrkräfte die zweite Ausbildungsphase in Regionen mit besonderem Einstellungsbedarf absolvieren könnten. Hinzu komme die Prüfung, inwiefern bisherige Maßnahmen zur berufsbegleitenden Vorbereitung von Seiteneinsteigern besser an Qualifikationsstandards grundständig ausgebildeter Lehrkräfte orientiert werden könnten.

All diese Punkte stellen einen weiteren Beitrag dar, um die Lehrkräfteversorgung an den nordrhein-westfälischen Schulen zu verbessern.

Rot-Grüne habe letztmals 2011 eine Lehrkräftebedarfsanalyse durchgeführt. Nun werde die zentrale Herausforderung des Lehrermangels angegangen. Man lasse nichts unversucht, um alle Potenziale auszuschöpfen und Lehrkräfte für die Schülerinnen und Schüler in NRW zu gewinnen. Der Antrag stelle dazu einen guten Beitrag dar.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) führt aus:

Über die Versorgung der Schulen mit ausreichend Lehrkräften reden wir in unterschiedlichen Variationen immer wieder. Das ist auch absolut richtig; denn es ist auch ein Anliegen der Landesregierung, diesem Anspruch gerecht zu werden. Wie viele Ansprüche an die Lehrerversorgung gestellt werden, hat diese Debatte wieder sehr deutlich gezeigt. Es ist unsere Aufgabe, sie bestmöglich hinzubekommen.

Es sollen ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen, die natürlich gut und bedarfsgerecht ausgebildet sind und auch entsprechend eingesetzt werden. Meine Vorrednerin hat schon sehr deutlich dargestellt, in welchen Bereichen dazu schon eine Menge veranlasst worden ist.

In unserem Bereich haben wir uns darauf konzentriert, die Studienplätze mit Blick auf Nachfrage und Bedarfe auszuweiten. Im November 2019 haben wir gemeinsam beschlossen, in vier zentralen pädagogischen Bereichen insgesamt rund 1.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen bzw. zu sichern: Grundschule, Sonderpädagogik, Pflegepädagogik und Sozialpädagogik. Das wissen Sie. Das ermöglicht, dass in den kommenden fünf Jahren bis zu 5.000 Studierende zusätzlich ein Studium aufnehmen können.

Im Gegensatz zu dem, was eben behauptet worden ist, ist das weitestgehend umgesetzt. Das will ich deutlich sagen. Die Studienplätze für Grundschullehramt und Sozialpädagogik stehen seit diesem Wintersemester bereits vollständig zur Verfügung. Im Bereich „Pflegepädagogik“ haben wir mit dem Ausbau schon 2019/2020 begonnen. Er baut sich jetzt auf.

Für den Bereich „Sonderpädagogik“ ist bereits über die Hälfte der geplanten Bachelorstudienplätze zum Wintersemester 2020/2021 eingerichtet worden. Da ist über die Hälfte also bereits erledigt. Die Nächsten kommen aufbauend in den nächsten Wintersemestern. Dann werden mit Duisburg-Essen und Münster zwei weitere neue Standorte eingerichtet. Sie bieten Möglichkeiten für 120 Bachelorstudierende.

Das ist relativ viel und ein höherer Grad an Umsetzung als gerade behauptet worden ist. Deswegen war es mir wichtig, die Zahlen zu nennen.

Natürlich wäre es gut gewesen, wenn die Vorgängerregierung das alles schon so fabelhaft auf die Schiene gesetzt hätte. Dann hätten wir heute nicht dieses gigantische Problem mit dem Lehrermangel.

Es ist viel passiert. Der vorliegende Antrag und die Ergebnisse der Expertengespräche geben uns die Gelegenheit, die dort besonders fokussierten Ansätze und Maßnahmen wirklich auf Wirksamkeit und Tragweite zu überprüfen. Das ist ein Arbeitsauftrag, an dem wir beteiligt sind, auch wenn es natürlich vor allen Dingen den Schulbereich betrifft. Aber wir sind gerne dabei.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

2 Herausforderungen in der Justiz begegnen. Digitalisierung und Legal Tech in der Lehre vorantreiben. Nachwuchskräfte stärker fördern.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12052

Ausschussprotokoll 17/1217

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Überweisung des Antrags an den Rechtsausschuss – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss am 15.12.2020)

Nach Auffassung von **Dr. Stefan Nacke (CDU)** befürworteten die Sachverständigen die im Antrag niedergelegten Ideen. Wichtigste Erkenntnis der Anhörung sei die einhellige Meinung der Experten, dass das juristische Studium eine Modernisierungsoffensive zu einer zeitgemäßen und modernen Lehre benötige. Diese Modernisierungsoffensive solle von dem Ziel geleitet werden, die Begeisterung der Studierenden zu wecken. Dabei dürfe nicht der Fehler begangen werden, immer neuen Pflichtstoff hinzuzufügen, sondern die Akteure hätten für ein angemessenes Niveau Sorge zu tragen.

Die aktuell Studierenden seien die Nachwuchskräfte der Justiz von morgen. Ihnen sollten alle Möglichkeiten und Wege zu einer freien Gestaltung des Studiums eröffnet werden.

Als wichtig werde die Öffnung des Studiums zu weiteren Fachrichtungen, ob BWL, Informatik oder Mathematik, angesehen. Dies sei eine gute Möglichkeit, um Studierende weiter zu fördern. Geschehe das sogar unter Einbeziehung von Wirtschaft, Unternehmen und Institutionen, sei dies besonders gewinnbringend.

Dialog und Austausch zwischen den Akteuren stellten wesentliche Ansatzpunkte dar, um das große Ziel der Modernisierung und Weiterentwicklung des Studiums zu erreichen. Die Universitäten in NRW böten bereits einiges dazu an. Ein abgestimmtes Vorgehen und eine gemeinsame Erarbeitung neuer Elemente stelle dabei den sinnvollsten Weg dar. Nicht jede Universität müsse jedes Thema in der erforderlichen Qualität und Güte vorhalten.

In Bezug auf verstärkte Anstrengungen der Universitäten hinsichtlich der Examensvorbereitung habe ein Anzuhörender darauf hingewiesen, dass 60 % der Studierenden in NRW ein kommerzielles Repetitorium in Anspruch nähmen. Hier bestehe Nachbesserungsbedarf. Es gebe bereits gute Beispiele, zum Beispiel an der Universität Münster, die bereits mit weiteren Universitäten kooperiere.

Corona habe einigen Schwung in digitale Formate gebracht. Dieser Schwung solle für die Weiterentwicklung neuer Modelle genutzt werden.

Daniela Beihl (FDP) nutzt die Gelegenheit, sich bei den Sachverständigen für die eingereichten Stellungnahmen und die damit verbundene Arbeit zu bedanken.

Vieles habe sich durch die Digitalisierung weiterentwickelt. Die Sachverständigen begrüßten die geplante Modernisierung der Juristenausbildung durch die Entwicklung von Formaten und Angeboten hin zu einer zeitgemäßen Lehre. Auch Zusatzangeboten in Themengebieten wie „juristischem Projektmanagement“, „Künstlicher Intelligenz“, „Legal Tech“ oder „Legal Design“ stünden sie positiv gegenüber.

Mit dem Antrag werde eine aktuelle und wichtige Entwicklung angesprochen. Die Digitalisierung müsse mit all ihren Begleiterscheinungen auch in der juristischen Ausbildung aufgegriffen werden.

Dietmar Bell (SPD) kritisiert die Hauptforderung des Antrags, nach der die Landesregierung in einen Dialog mit den Hochschulen des Landes und den jeweiligen Fakultäten eintreten solle. Das sei bemerkenswert, da es impliziere, dass dieser Dialog zu den im Antrag aufgeführten Inhalten bislang nicht oder zumindest nicht in ausreichendem Maße stattfinde. Das unterstütze ein Bild, welches die SPD schon häufiger schon kritisch angemerkt habe.

Darüber hinaus adressiere der Antrag im Wesentlichen bereits bestehende Entwicklungen, die Gegenstand der inhaltlichen Arbeiten der Hochschulen seien. Dies betreffe beispielsweise die Repetitorien.

Erfreulicherweise werde nun offensichtlich versucht, in einen stärkeren Dialog mit den Hochschulen zu treten. Dialog und Austausch zwischen Akteuren würden ausdrücklich begrüßt. Allerdings empfehle die SPD-Fraktion, auch die Fraktionen des Landtags und die Studierenden stärker einzubinden, damit am Ende ein gemeinsam getragenes Ergebnis für die Novellierung der Ausbildung zustande komme. Daran beteilige sich seine Fraktion gern.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) kündigt die Zustimmung seiner Fraktion an, da der Antrag die richtigen Punkte adressiere. Notwendig und richtig sei es, die digitalen Kompetenzen, aber auch digitale Inhalte wie Digitalisierungsrecht stärker im Jurastudium zu verankern. Auch zu digitalen Lehrformaten sei bereits einiges gesagt worden. Es gebe noch eine Menge an Möglichkeiten, um auf diesem Gebiet voranzukommen. Mit der Reform des Juristenausbildungsgesetzes werde der Erwerb digitaler Kompetenzen als erforderliche Schlüsselqualifikation verankert.

Die Anregung des Kollegen Bell, insbesondere die Studierenden in den Dialog einzubeziehen, halte er für richtig.

Helmut Seifen (AfD) geht trotz der im Antrag genannten Forderung, in einen Dialog einzutreten, davon aus, dass sich das Wissenschaftsministerium bereits im ständigen Dialog mit den Hochschulen befinde. Insofern sei diese Forderung im Antrag entbehrlich, wengleich sicherlich gut gemeint.

Zwar gebe es vereinzelt an Universitäten sowohl das Problembewusstsein neuer Rechtsräume durch die Digitalisierung als auch Personen, die sich diesem Problem widmeten, doch müsse man mehrere Dinge bedenken. Der Umgang mit rechtlichen Fragestellungen innerhalb der digitalen Welt, aber auch die Ausbildung über digitale Medien innerhalb eines rechtssicheren Raumes spielten eine Rolle. Deshalb sei der Dialog zwischen Ministerium und den Entscheidern an den Universitäten wichtig. Überlegt werden müsse auch, inwiefern bestimmte Dinge innerhalb des juristischen Studiums obligatorisch würden oder lediglich eine Nischenmöglichkeit böten.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) betont, um die digitalen Kompetenzen müsse man sich inhaltlich und tatsächlich kümmern, damit diese Teil des Studiums würden. Zum Teil sei das bereits gegeben. Selbstverständlich bedürfe das Jurastudium immer wieder einmal einer Revision.

Das Ministerium stehe im ständigen Dialog mit den Hochschulen. Die Verantwortung für das Juristenausbildungsgesetz liege allerdings beim Justizministerium. Dort sei es in den besten Händen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

**3 Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2021
(Zweites Bildungssicherungsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13092

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13188

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Schule
und Bildung – federführend – sowie an den Wissenschaftsaus-
schuss am 24.03.2021)*

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und
seine Befassung mit dem Gesetzentwurf abzuschließen.

4 Herausforderungen in der Justiz begegnen: Nachwuchskräfte im Referendariat fördern, Digitalisierung vorantreiben, Rechtsstaat weiter stärken.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13080

(Überweisung des Antrags an den Rechtsausschuss – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss am 24.03.2021)

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an dem Beratungsverfahren zu beteiligen.

5 Wissenschaftsfreiheit zurückgewinnen – Cancel Culture entgegenreten

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13073

– Verfahrensabsprache

*(Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss am
25.03.2021)*

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Helmut Seifens (AfD), eine
Anhörung durchzuführen.

6 Letzte Chance für die Forschungsfabrik Batteriezellenfertigung (FFB) in Münster? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4963

Dietmar Bell (SPD) streicht die Bedeutung des Projektes für Nordrhein-Westfalen sowie dessen hohe finanzielle Bindung für das Land heraus.

Ihn interessiere, ob die Schilderung zu treffe, wonach der FFB-Betreuungskreis durch einen Beitrag der Fraunhofer-Gesellschaft ersetzt werde, und worin gegebenenfalls die Gründe für diese Maßnahme bestünden.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) verweist auf den fortgeschrittenen Projektzustand. Der sogenannte Betreuungskreis sei Partner für die Anfangsphase gewesen. Im Moment sei das Institut ein Teilinstitut des von der Fraunhofer-Gesellschaft getragenen IPT, bis es – vermutlich in zwei Jahren – als eigenes Institut fungiere. Deshalb habe die Fraunhofer-Gesellschaft mittlerweile eine viel stärkere Funktion und mehr Verantwortung inne.

Die Mittelfreigabe habe nie beim Industriebeirat gelegen, sondern ausschließlich beim BMBF, das auch jeweils die Mittel für die Teilprojekte freigeben werde.

Auf eine weitere Frage des **Abgeordneten Dietmar Bell (SPD)** eingehend, erläutert **Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)**, das Executive Board bestehe aus insgesamt vier Personen, darunter Professor Klocke. Professor Klocke habe als Leiter die Aufgabe, den Beginn zu managen.

Im Laufe der Entwicklung des Projektes habe sich einem umfangreichen Diskussionsprozess aufseiten der Wissenschaft die Überzeugung herausgebildet, dass die Errichtung des Gebäudes und der Gebäudeeinrichtung nicht – wie zunächst in der Ausschreibung angedacht – in zwei Phasen bis 2027 erfolgen solle, sondern als Einheit.

Im August 2020 sei dem Ministerium daraufhin ein entsprechender Businessplan vorgelegt worden. Dieser habe eine Umplanung auch aufseiten des Landes erfordert; da das Projekt bautechnisch und fachlich von NRW.URBAN gemanagt werde. Der gesamte Ablauf habe neu organisiert werden müssen. Als Folge der Umplanung solle die Errichtung Ende 2025 abgeschlossen sein. Aufgabe des Wirtschaftsministers und ihre Aufgabe sei es gewesen, für die erforderliche vorzeitige Finanzierung zu sorgen. Dies sei gelungen.

Ein sehr detaillierter Zeitplan liege nun vor. Die letzte Bauphase werde Ende 2025 abgeschlossen. Im Antragsverfahren sei dies noch anders vorgesehen gewesen. Obwohl es sich in gesetzlichem Sinne nicht um eine Großforschungsanlage handle, sei es in der Realität eine solche, wenn auch sehr anwendungsorientiert.

Dietmar Bell (SPD) erkundigt sich, ob aktuell Risiken bestünden, die die Förderfähigkeit des Projektes perspektivisch gefährdeten.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) sind derartige Risiken nicht bekannt.

Dietmar Bell (SPD) möchte darüber hinaus wissen, ob derzeit versucht werde, einen Industriebeirat zu etablieren und wenn ja, welche Aufgabe dieser haben solle.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) bestätigt, es werde einen Industriebeirat geben.

RBr Dr. Krätzig (MWK) ergänzt, der Beirat werde durch die FFB selbst einberufen und aus Industrieexperten bestehen. Er solle konkret das Executive Board und die FFB beraten. Darüber hinaus sei das Wirtschaftsministerium derzeit damit beschäftigt, einen Unterstützerkreis an Industrieunternehmen einzuberufen.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) erinnert an eine im Februar durchgeführte digitale Veranstaltung mit einem großen Industriekreis. In dieser Veranstaltung sei der Zwischenstand vorgestellt worden.

Dietmar Bell (SPD) bittet um eine Information über den aktuellen Sachstand der Geschäftsführersuche und regt eine umfassende Präsentation des Projekts im Ausschuss an.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) nimmt diesen Vorschlag gerne an.

Der aktuelle Leiter, Professor Klocke, kümmere sich um den Aufbau, werde altersbedingt aber irgendwann ausscheiden. Derzeit werde noch über die beste Konstellation in der Governance nachgedacht. Das Ministerium stimme sich dazu mit der Fraunhofer-Gesellschaft ab. Im Laufe des Jahres werde es zu einer Entscheidung kommen. Das Leitungsgremium sei gegenwärtig aber voll besetzt und somit auch voll funktionsfähig.

7 Verschiedenes

a) Sitzungstermine 2022 (Anlage 2)

Der Ausschuss beschließt einstimmig die in Anlage 2 aufgeführten Sitzungstermine für das Jahr 2022.

b) zusätzlicher Sitzungstermin

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 23. Juni 2021 eine zusätzliche Sitzung abzuhalten.

gez. Helmut Seifen
Vorsitzender

2 Anlagen

22.04.2021/26.04.2021

26

**Landtag Nordrhein-Westfalen****Dietmar Bell MdL**

Landtag NRW Dietmar Bell MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn

Helmut Seifen (MdL)

Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 DüsseldorfTelefon 0211-884-2686
0202-478255-10
015142601839

eMail dietmar.bell@landtag.nrw.de

Telefax 0211-884-3357

Düsseldorf, 31.03.2021

Beantragung eines schriftlichen Berichts für die Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 14.04.2021:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 14. April 2021 folgenden schriftlichen Bericht:

1.) Letzte Chance für die Forschungsfabrik Batteriezellenfertigung (FFB) in Münster?

Wie bereits während der letzten Ausschusssitzung mündlich erbeten und von Seiten des Ministeriums zugesagt, bitten wir um einen schriftlichen Bericht zum Stand der Vorarbeiten zum Aufbau der Forschungsfabrik in Münster. Vor allem bitten wir die Landesregierung explizit Stellung zu beziehen zu den Aussagen im Bericht des Tagesspiegels vom 23.03.2021 mit dem Titel „Letzte Chance für Münster“.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Bell



LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

17. Wahlperiode

Z E I T P L A N

für das Jahr 2022

gemäß Beschluss des Ältestenrates
vom 17. März 2021

Terminplan 2022 - 1. Jahreshälfte -

Wissenschaftsausschuss

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Januar						1	2	sitzungsfrei
	3	4	5	6	7	8	9	Weihnachtsferien bis 08.01. sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	WissA-Sitzungswoche
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche
	24	25	26	27	28	29	30	Sitzungswoche
Februar	31	1	2	3	4	5	6	Sitzungswoche
	7	8	9	10	11	12	13	WissA-Sitzungswoche
	14	15	16	17	18	19	20	Sitzungswoche
	21	22	23	24	25	26	27	sitzungsfrei
März	28	1	2	3	4	5	6	sitzungsfrei
	7	8	9	10	11	12	13	Sitzungswoche
	14	15	16	17	18	19	20	WissA-Sitzungswoche
	21	22	23	24	25	26	27	Sitzungswoche
	28	29	30	31	1	2	3	Sitzungswoche
April	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	(11	12	13	14	15	16	17	Osterferien 11.04. - 22.04. sitzungsfrei
	18	19	20	21	22	23	24	sitzungsfrei
	25	26	27	28	29	30	1	WissA-Sitzungswoche (Bedarftermin)
	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
Mai	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
	30	31	1	2	3	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	konstituierende Sitzung
Juni	13	14	15	16	17	18	19	Pfingstferien 06.06. sitzungsfrei
	20	21	22	23	24	25	26	Sitzungswoche
	27	28	29	30				Sommerferien 27.06.-09.08. sitzungsfrei

□ = Plenarsitzungstage

() = Schulferien

_ = Bundesrat

FEIERTAGE 2022

1. Januar	Neujahr
15. April	Karfreitag
18. April	Ostermontag
1. Mai	Maifeiertag
26. Mai	Christi Himmelfahrt
6. Juni	Pfingstmontag
16. Juni	Fronleichnam
3. Oktober	Tag der Deutschen Einheit
1. November	Allerheiligen
25./26. Dezember	Weihnachten

SCHULFERIEN 2022

23.12.2021 bis 08.01.2022	Weihnachtsferien
11.04. bis 22.04.	Osterferien
06.06.	Pfingstferien
27.06. bis 09.08.	Sommerferien
03.10. bis 14.10.	Herbstferien
23.12.2022 bis 08.01.2023	Weihnachtsferien

BUNDESRAT 2022 (Plenarsitzungen)